

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2013



## Ordnungspolitik im Abseits

Viele Hundert Seiten wurden von den Wahlkampfstrategen der fünf zurzeit im Bundestag vertretenen Parteien beschrieben, und dann das: Genau acht Mal fällt der Begriff „Ordnungspolitik“ in den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2013. Auch wenn die Verwendung eines Begriffs nicht als Indiz dafür gewertet werden kann, dass die dahinter stehende Idee auch Beachtung in der Politik findet, ist diese geringe Anzahl doch bemerkenswert. Zumal Ordnungspolitik – genau wie Soziale Marktwirtschaft – in der politischen Kommunikation positiv besetzt ist.

Dabei ist es der ordnungspolitische Ansatz, an dem es in der Politik bereits seit Längerem oftmals mangelt. Schon während der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 hörte man des Öfteren, dass ordnungspolitische Grundsätze kein Mittel gegen die akute wirtschaftliche Notlage seien, oder bildlicher: Wenn das Haus in Flammen steht, muss man Löschmaßnahmen ergreifen und nicht den Brandschutz revidieren. So unvollständig und simplifizierend dieses Bild auch ist: Bessere Vorkehrungen gegen Brände hätten den Feuerschaden begrenzt und das Löschen erleichtert.

Eine Ordnungspolitik, die Freiheitsrechte absichert und Verantwortungspflichten einfordert, steht im Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Möglichst allgemeine und einfache Regeln, die individuelle Freiheit und Verantwortung aneinander binden, stärken die gesellschaftlichen Integrationskräfte der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Beim Blick auf die Europapolitik im Rahmen der sich weiter ausdehnenden Staatsschuldenkrise, auf die kaum vorangeschrittene (Neu-)Regulierung der „systemrelevanten“ Großbanken aber auch auf die deutsche Energiewende wird deutlich, welche abseitige Rolle die Ordnungspolitik derzeit spielt. Da ist es letztlich – und leider – nur konsequent, wenn im Bundestagswahlkampf keinerlei Erwartungen geweckt werden.

Lars Vogel

## Parteien zur Wahl

Bis zum 17. Juni 2013 hatten 58 Parteien und politische Vereinigungen dem Bundeswahlleiter mitgeteilt, dass sie an der Bundestagswahl im kommenden September teilnehmen wollen. Der Bundeswahlausschuss in Berlin hat dann Anfang Juli festgelegt, dass davon 38 Parteien zur Teilnahme an der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag zugelassen werden. Anfang August hat der Bundeswahlleiter schließlich veröffentlicht, dass von den zugelassenen Parteien letztlich 34 Parteien – von der „Alternative für Deutschland“ bis zu „Die Violettten“ – zur Wahl antreten werden.

Für die Bundestagswahl sind laut Schätzung des Statistischen Bundesamtes 61,8 Millionen Deutsche wahlberechtigt, 31,8 Millionen Frauen und 30 Millionen Männer. Zu den Wahlberechtigten gehören auch drei Millionen Erstwähler – je zur Hälfte Frauen und Männer –, die seit der letzten Bundestagswahl volljährig geworden sind. Rund ein Viertel der Wahlberechtigten – 20,8 Millionen – sind 60 Jahre und älter.

<http://goo.gl/tQx05t>

## Lernhilfe

979 000 Personen erhielten im Jahr 2012 laut Mitteilung des Statistischen Bundesamtes Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), eine Steigerung um

## BAföG-Empfänger

	Schüler	Studierende
2006	319 000	499 000
2007	311 500	494 500
2008	312 000	510 000
2009	323 000	550 000
2010	324 000	592 000
2011	319 000	644 000
2012	308 000	671 000

Quelle: Statistisches Bundesamt

1,7 Prozent gegenüber 2011. Ein knappes Drittel der BAföG-Empfänger drückt noch die Schulbank, 671 000 bekamen die Unterstützung als Studierende.

Im Durchschnitt erhielten Schülerinnen und Schüler monatlich 401 Euro, 16 Euro mehr als im Vorjahr. Bei den Studierenden sank der Betrag dagegen um vier Euro auf 448 Euro. 28 Prozent aller Geförderten wohnten bei ihren Eltern. Die Ausgaben von Bund und Ländern für das BAföG betragen 2012 insgesamt 3,3 Milliarden Euro, davon 2,4 Milliarden für die Studierendenförderung.

Der Knackpunkt: Die Zahl der Studierenden ist deutlich stärker gestiegen als die Zahl der BAföG-Empfänger. Den Zahlen der Statistiker zufolge waren im Wintersemester 2012/2013 rund 2,5 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen immatrikuliert; das waren fünf Prozent mehr als im vorhergehenden Wintersemester.

<http://goo.gl/bQeJr5>

### Der Flügelschlag eines Schmetterlings...

... kann der Chaosforschung zufolge zu gravierenden globalen Veränderungen führen. Der „EEA Technical Report No 11/2013“ zeigt: Die Zahl der Wiesen-Schmetterlinge in 19 europäischen Ländern nimmt gemäß einer Untersuchung der European Environment Agency (EEA) – das ist die europäische Umweltagentur – besorgniserregend ab, die Forscher konstatieren: „a dramatic loss“. Zwischen 1990 und 2011 seien von 17 beobachteten Arten acht zurückgegangen. Lediglich bei zwei Arten sei die Population stabil geblieben, nur eine habe zugenommen. Für sechs Schmetterlingsarten stellt der Report fest: „The trend is uncertain.“

Die exakte Beobachtung von Schmetterlingspopulationen ist laut EEA-Bericht wichtig, weil sich daraus die Entwicklungstrends für andere Insektenarten ableiten lassen. Schmetterlinge seien verlässliche Indikatoren für die Artenvielfalt und gesunde Ökosysteme, heißt es im Report. Vor allem fehlende Wiesenflächen durch die Intensivierung der Landwirtschaft führen nach Einschätzung der EEA-Forscher zu einheitlichen Grünflächen, die dann künftig Artenvielfalt verhindern.

Was tun? Der Bericht weiß Rat: Grünflächen sollten angemessen gemanagt werden; die Forscher weisen darauf hin, dass ein neues System an Ausgleichszahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ein besseres Management dieser Wiesen unterstützen könnte.

<http://goo.gl/2abLSL>

## Wahlmöglichkeiten

Am 22. September 2013 wird an den Wahlurnen über den 18. Deutschen Bundestag entschieden. Dann können 61,8 Millionen wahlberechtigte Deutsche bestimmen, wer sie in den kommenden vier Jahren im Parlament vertreten soll. Was die Parteien für die kommende Legislaturperiode planen, lässt sich in den Wahlprogrammen nachlesen. Im Klartext hat einen Blick in die Programme der fünf derzeit im Bundestag vertretenen Parteien riskiert.

Alle vier Jahre wieder überlegen Parteistrategen und Wahlkampfmanager, mit welchen Forderungen und Versprechen sie um die Wählergunst werben wollen. Teilweise auf mehreren hundert Seiten werden die aktuellen Programme dargestellt: Bündnis 90/Die Grünen schießt dabei den Vogel ab: 337 Seiten – Einband inklusive – zählt der geneigte Wähler; CDU/CSU (128 Seiten), SPD (120 Seiten) Die Linke (100 Seiten) sowie FDP (95 Seiten) waren da mit ihren Infos zur Wahl sparsamer.

### „Regierungsprogramme“

Auffallend: Es gibt nicht das eine Thema, auf das alle Parteien ihre Programme zur Wahl ausrichten. CDU/CSU legen in ihrem Wahlprogramm „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 – 2017“ einen Schwerpunkt auf die Bewältigung der Eurokrise. Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen in den Empfängerländern, Ablehnung von Eurobonds sowie eine Aufwertung der Europäischen Zentralbank durch eine bei der EZB angesiedelte Bankenaufsicht sind dabei die Kernpunkte. Ansonsten wird immer wieder betont, wie erfolgreich doch die Regierungsarbeit der vergangenen Jahre gewesen sei.

Schwerpunkt des SPD-Programms – hier ist man im Titel überzeugt: „Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013 – 2017“ – sind steuer-, sozial- und finanzpolitische Themen. Die Reform bzw. Wiedereinsetzung der Erbschaft- und Vermögensteuer, eine europäische Finanztransaktionssteuer und die Regulierung des europäischen Bankensektors sind dabei die wesentlichen Punkte. Zudem versucht sich die SPD mit der Forderung nach einer von der EZB unabhängigen Bankenaufsicht von der ansonsten ähnlichen europäischen Finanzpolitik des CDU/CSU-Programms abzugrenzen.

### Wandel zu Rot-Grün

Bündnis 90/Die Grünen findet, es sei „Zeit für den grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen“. So zumindest lautet der Titel ihres Wahlprogramms. Die Partei fordert im finanzpolitischen Teil ihres Programms eine Vermögensabgabe, eine

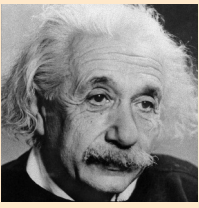
unabhängige europäische Bankenaufsicht sowie eine bessere Eigenkapitalausstattung von Banken zur Vorbeugung von Krisen. Sozialpolitisch sprechen sich die Grünen – ebenso wie die SPD – für eine einheitliche Kranken- und Pflegeversicherung (Bürgerversicherung) sowie die Einbeziehung von Selbständigen in die Rentenversicherung aus. Auffallend – aber wohl wenig überraschend – sind die im Vergleich zu anderen Parteien ambitionierteren Ziele beim Umstieg auf Erneuerbare Energien.

### Bürger im Fokus

Die FDP hebt in ihrem „Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt“ vor allem ihre erfolgreiche Arbeit der vergangenen Wahlperiode hervor und wirbt für eine Fortsetzung der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP in der kommenden Legislaturperiode. Die Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel des Schuldenabbaus ab 2016 und ein einfaches, nied-

#### Programme zur Wahl

CDU/CSU:	<a href="http://goo.gl/6PbtG0">http://goo.gl/6PbtG0</a>
SPD:	<a href="http://goo.gl/7S2GCl">http://goo.gl/7S2GCl</a>
FDP:	<a href="http://goo.gl/YXZeBt">http://goo.gl/YXZeBt</a>
B' 90/Die Grünen:	<a href="http://goo.gl/Ymasdd">http://goo.gl/Ymasdd</a>
Die Linke:	<a href="http://goo.gl/959WM6">http://goo.gl/959WM6</a>
Sonstige:	<a href="http://goo.gl/t1Gjc9">http://goo.gl/t1Gjc9</a>



„Die moralischen Qualitäten der führenden Persönlichkeiten sind für eine Generation und für den Lauf der Geschichte vielleicht von noch größerer Bedeutung als rein intellektuelle Leistungen.“

Albert Einstein

riges und gerechtes Steuersystem stehen dabei im Vordergrund. Europapolitisch sollen Eurobonds verhindert und für eine von der EZB unabhängige Bankenaufsicht gestritten werden. Die Einführung eines bundesweiten Volksentscheides hebt das FDP-Wahlprogramm von den Mitbewerbern ab.

### Die Linke setzt auf Systemwechsel

Die Linke stellt ihr „Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013“ unter die Überschrift „100% sozial“. Die Partei stellt insbesondere Fehlentwicklungen am unteren und oberen Bereich der Gesellschaft fest. Ungesicherte und schlecht bezahlte Arbeit einerseits, allmächtige Banken und Konzerne andererseits würden die aktuelle Situation prägen. Ursache dafür sei das kapitalistische, marktwirtschaftliche System. Zwar enthält das Wahlprogramm konkrete Forderungen, zum Beispiel nach einem Mindestlohn, einer Mindestrente oder Arbeitszeitverkürzungen. Die Änderungen werden jedoch in Zusammenhang mit einer sozial-ökologischen Transformation gestellt, dienen also lediglich dem Wechsel zur „solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus“.

### Und die Soziale Marktwirtschaft?

Da überrascht den Leser kaum, dass der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ im Wahlprogramm der Partei Die Linke nicht auftaucht. Lediglich ein Mal findet er im Programm von Bündnis90/Die Grünen Erwähnung, im SPD-

Programm lässt er sich 13 Mal entdecken, bei CDU/CSU steht er 14 Mal, im FDP-Programm wird die Dokumentsuche 21 Mal fündig.

Allerdings wird das Begriffspaar eher plakativ in Überschriften verwendet oder für besonders staatstragende Aussagen beschworen – im Sinne von „unsere Soziale Marktwirtschaft“; was konkret damit verbunden ist, bleibt in allen Programmen offen. Da wundert es nicht, dass die Grundziele der Sozialen Marktwirtschaft – Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung – in den Wahlbroschüren nur sehr sporadisch, und auch hier eher abstrakt und nicht mit Leben gefüllt, erwähnt werden.

### Ordnungspolitik?

Damit bleibt auch die Überraschung aus, wenn einer der Kernbegriffe in der Diskussion um die Soziale Marktwirtschaft, nämlich „Ordnungspolitik“, in allen Programmen insgesamt nur acht Mal zu finden ist. Bei SPD und Die Linke taucht er überhaupt nicht auf, Bündnis90/Die Grünen nennt ihn zwei Mal, allerdings im Sinne von „werteorientierter, grüner Ordnungspolitik“ – unklar bleibt auch hier, was das sein soll. Lediglich als Schlagwort findet er sich – ebenfalls doppelt – im CDU/CSU-Programm, und bei der FDP liest man ihn vier Mal, hier allerdings eng auf Regulierungen der Finanzmärkte bezogen.

Zu guter Letzt verwundert es den Leser dann ebenfalls nicht, das zwar öfter auf die Freiheit verwiesen und die Verantwortung – üblicherwei-

se die Verantwortung der Politik oder des Staates, seltener die des Einzelnen – genannt wird. Freiheit und Verantwortung gemeinsam – für Ludwig Erhard waren diese Begriffe unteilbar, weil aus seiner Sicht das Eine ohne das Andere „immer im Chaotischen“ endet – schaffen es gerade drei Mal in alle Wahlprogramme (ein Mal Bündnis90/Die Grünen, zwei Mal FDP).

### Fazit: Widersprüche und Inkonsistenzen

Widersprüchliches ist vielfach in jedem Programm zu finden. CDU/CSU, FDP, SPD wollen beispielsweise einerseits Subventionen zumindest überprüfen; andererseits sollen für bestimmte Bereiche neue „Förderungen“ ins Leben gerufen werden. Bündnis90/Die Grünen fallen einerseits auf durch wohlmeinende Gesundheits- und Ernährungstipps, Stichwort „Veggie Day“. Im Programm wird andererseits das „Selbstbestimmungsrecht“ betont; das scheint sich aber vor allem auf die Drogenpolitik zu beziehen: „Außerdem wollen wir den Eigenverbrauch und privaten Anbau von Cannabis legalisieren“ heißt es mehrfach in der Wahlkampfbroschüre (siehe insbesondere Seiten 228 und 239).

Begeisterung und Überraschung über die Wahlprogramme halten sich in engen Grenzen: SPD und Bündnis90/Die Grünen betonen die Notwendigkeit für mehr staatliches Engagement; nicht mehr Staat als nötig wollen CDU/CSU; Zurückhaltung von staatlichen Eingriffen thematisiert die FDP. Die Lin-

ke fällt da eher auf: Sie wirbt für einen Systemwechsel.

Bis dahin aber – wie vor Jahr und Tag – wollen alle Parteien vor allem das eine: Mehr Wohltaten verteilen, zumindest versprechen sie solche in den Wahlprogrammen. Dabei reicht das Spektrum von der „Mütterrente“ (CDU/CSU) über die Abschaffung des Solidaritätszuschlages im Verlauf der 18. Wahlperiode (FDP) bis hin zum bedingungslosen Grundeinkommen (Die Linke). Wie soll das bezahlt werden?

Wer in den Vorschlägen der noch amtierenden Regierungskoalition sucht, wird zur Finanzierung nichts finden. Übrigens sollen zudem der Staatshaushalt konsolidiert und Staatsschulden abgebaut werden. Einfacher machen es sich da die übrigen Parteien: Hier sollen höhere Steuern für „Reiche“ die entsprechenden Finanzmittel erbringen. Reich scheint nach den steuerrechtlichen Vorstellungen der Parteien zu sein, wer 100 000 Euro (SPD), 80 000 Euro (Bündnis90/Die Grünen) oder 65 000 Euro (Die Linke) im Jahr verdient.

Apropos Gemeinsamkeiten, die auffälligste lässt sich bei den beiden „Volksparteien“ entdecken: „In Deutschland und weltweit leiten uns dabei die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“, so steht es auf Seite 126 im Wahlprogramm von CDU und CSU. Auf Seite 118 des SPD-Programms findet der Leser: Das Wahlprogramm stehe auf festem Grund, „auf unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“.

Andreas Schirmer



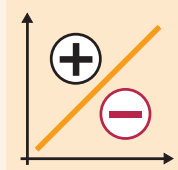
„Im zweiten Quartal ist die deutsche Wirtschaft allen Anzeichen nach wieder stärker gewachsen. Davon profitiert auch der Arbeitsmarkt.“

Frank Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

## IM KLARTEXT

August 2013

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im August 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

#### Vollbeschäftigung



Die Zahl der offiziell gemeldeten Arbeitslosen stieg im Juli auf rund 2,9 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) zählte 49 000 Arbeitslose mehr als im Juni und 38 000 mehr als vor einem Jahr. Der Anstieg der Arbeitslosenzahl sei zum einen auf die beginnende Sommerpause zurückzuführen. Zum anderen beruhe der Anstieg vor allem darauf, dass sich Jugendliche nach Ende ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung vorübergehend arbeitslos melden.

#### Arbeitslose



jeweils Juli  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

#### Eigenverantwortung



Laut Wirtschaftsauskunftei Bürgel hat sich die Zahlungsmoral der deutschen Unternehmen im 1. Quartal 2013 verschlechtert: Im März 2013 zahlten 18,8 Prozent der Unternehmen ihre Rechnungen verspätet, dies ist der schlechteste Wert innerhalb der untersuchten 12 Monate. Das Zahlungsverhalten von Kunden wirkt sich auf die Finanzkraft der betroffenen Unternehmen aus. Es entstehen Dominoeffekte, die mit Zahlungsverzögerungen und Finanzierungsschwierigkeiten beginnen und schließlich in der Insolvenz enden können. Zahlungsunfähige Unternehmen drohen dann, weitere Firmen zu gefährden. Der Studie zufolge sind rund 20 Prozent der insolventen Unternehmen von solchen Dominoeffekten betroffen.

Die schlechte Zahlungsmoral liegt nach Meinung der Studienautoren vor allem an der gedrosselten Konjunkturerwicklung in Deutschland – ein Widerspruch zu zahlreichen Äußerungen aus der Politik: „Die deutsche Wirtschaft ist

#### Zahlungsmoral

Anteil der Firmen mit Zahlungsverzug

Saarland	24,9 %
Nordrhein-Westfalen	21,0 %
Berlin	20,0 %
Bayern	18,1 %
Brandenburg	17,1 %
Sachsen	15,5 %

Quelle: Bürgel Wirtschaftsinformationen

im Frühjahr kräftig gewachsen“, hieß es beispielsweise Anfang August im Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums.

#### Geldwertstabilität



Anfang Juli hat der Bundesrat unter anderem zwei Gesetze zulasten der Versicherten in den Krankenkassen beschlossen: Apotheken werden künftig mehr Geld für Bereitschaftsdienste in der Nacht erhalten. Zwischen 20 und 6 Uhr soll es einen pauschalen Zuschuss von rund 200 Euro geben, unabhängig davon, ob Patienten den Notdienst in Anspruch genommen haben oder nicht. Den Krankenversicherungen drohen dadurch Zusatzausgaben von mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr.

Krankenhäuser erhalten ebenfalls eine Finanzspritze, 2013 etwa 415 Millionen Euro, 2014 weitere 690 Millionen Euro. 82 Prozent davon tragen die gesetzlichen Krankversicherer, übrige Mittel werden über Beihilfen und die private Krankenversicherung abgedeckt. Grund für den Zuschuss aus den Versichertenkassen: Ohne finanzielle Unterstützung hätten die Krankenhäuser keine Chance, die Mehrausgaben für Lohnerhöhungen der rund 1,1 Millionen Beschäftigten und steigende Sachkosten aufzubringen.

#### Krankenhaus-Kosten

Ausgaben in Millionen Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

#### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa-international (innen)/Bundesagentur für Arbeit  
Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*